

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Zörgenauer 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung uhm. erschießt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einjähr. 10 Mark. Schwärztes und tabellarischer Satz mit Zuschlag.
Anzeigen-Akzise bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Bez. Halle.

Preisveranschlagung Nr. 24.

Nr. 90.

Donnerstag, den 28. Oktober 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Reichspräsident von Hindenburg hatte Besprechungen mit Reichsanwalt Dr. Marx und Reichsstaatspräsidenten Dr. Schacht, wobei es sich dem Vernehmen nach um die Verhandlungen von Thoiry handelte.

• Die preussische Regierung veröffentlichte eine amtliche Erklärung zu den Ausfällen in den Kohlenbergwerken, die besagt, daß weder eine Denkschrift des Reichsanwalts, noch eine Denkschrift der Reichsstaatspräsidenten mit Wissen des preussischen Innenministeriums aufgestellt worden seien.

• Am dritten Landesherrn Fernemordprozeß wurde der Angeklagte Kowalewski zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

• In Paris wurde der Eisenbahnangehörige Charbon unter der Beschuldigung der Spionage für Deutschland verhaftet.

Steuern und Steuerzahler.

Die Hauptvertretungen der Wirtschaft haben zu der kürzlich erschienenen Denkschrift der Gemeindevorstände über die Art der Steuern im Reich und ihre Verteilung nunmehr ebenfalls Stellung genommen. Dazu wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

Es war ohne weiteres verständlich, daß der Deutsche Städtebund seine in der vergangenen Woche herausgegebenen Denkschriften in der Öffentlichkeit gebracht hatte, um Einfluß zu nehmen auf die bevorstehende Regierung des Finanzausgleichs im Reich. War doch bekannt, daß diese Finanzgesetze für den 1. April 1927 beachtliche einkünftliche Regelung durch eine einseitige Erhöhung werden sollte. Dabei handelte es sich nicht bloß um die Frage, wie groß der Anteil der Länder und Gemeinden an dem Ertrag bestimmter Steuern und die Verteilung der Steuern auf Reich, Länder und Gemeinden überhaupte.

Die Denkschrift des Städtebundes hat nun eine ebenfalls beachtliche Gegenäußerung ausgelöst, die aus den Kreisen der deutschen Wirtschaft stammt. Die Spitzenverbände der deutschen Industrie und der Banken, des Groß- und Einzelhandels haben eine Reihe von Leitartikeln veröffentlicht, die sich vor allem eine Milderung des Druckes zum Ziele setzen, der namentlich von der Einkommen- und der Gewerbesteuer ausgeht wird. Gleichrichtungen dieses Druckes sind — und darin begegnet man sich mit den Ausführungen des Städtebundes — auf allen Wegen möglich. Einschränkung der öffentlichen Ausgaben auf allen Gebieten ist Verbindung mit einer gerechten Lastenverteilung, auf der anderen Seite eine wesentliche Vereinfachung und Rationalisierung anderer ganzen Steuerpflichten. Diese zweite Seite hängt nun aber nicht zum mindesten ab gerade von der Art, wie der Finanzausgleich zustande kommt. Und hierbei betont die Denkschrift der Wirtschaft, daß die steuerliche Überlastung zum großen Teil auf der Belastung der Steuern und der Zerstückelung des Steuerpflichtigen in Deutschland beruhe. Das ist übrigens nicht etwa deutscher Fehler allein, sondern die Erscheinung haben wir in allen nicht von einer Zentralregierung regierten Ländern. Daraus ergibt sich aber die notwendige Folgerung nicht bloß einer durchgreifenden Vereinfachung des Aufbaus, sondern als weit wichtiger die Schaffung fester Beziehungen zwischen den einzelnen Steuerarten. Ganz besonders böses Uebel erregt gerade hierin aber das Fortbestehen der Realsteuer neben der Einkommensteuer, namentlich das scharfe Ansehen der Gewerbesteuer, das ohne Rücksicht auf die sonstige Einkommen- und Vermögensbesteuerung erfolgt.

Ein weiterer Vorschlag der Wirtschaft ist, daß die Nebeneinander der verschiedenen Steuerbehörden in Reich, Ländern und Gemeinden zu beseitigen und hier eine personelle Einheit zu schaffen, natürlich unter Mitarbeit der Länder und Gemeinden. Es mag eingewandt werden, daß diese Vereinheitlichung eine der besten Zeiten der großen klassenfeindlichen Steuerreform gewesen ist. Man sagte nicht mit Unrecht, sie habe Deutschland früher zu einem feuerfesten Fortschritt gelehrt. Aber gerade hierin liegt ein Wendepunkt die Denkschrift entgegen gegen das Verlangen des Städtebundes, das frühere Zustand zu erhalten, wie es übrigens in dem Finanzausgleichsgesetz vom 15. August 1925 grundsätzlich schon vorgegeben ist. „Zudem kommt für die Wirtschaft ein solches Zuständigkeitsrecht nur dann in Betracht, wenn die höhere Gewalt besteht, daß derartige Zuständigkeiten nicht das Maß einer vernünftigen Gesamtbestimmung der Wirtschaft übersteigen.“ Ob die hier für vorgeschlagenen Vorschläge zurecht erhalten, bezweifelt die Wirtschaft allerdings und bringt daher den Gedanken vor, daß diejenigen, die Steuern beschließen, auch von der Steuer mitbetroffen werden müssen. Wenn

man diesen Satz umdreht, so ergibt sich daraus der Vorschlag einer mehr oder weniger einschneidenden Einfußmöglichkeit auf Beschlüsse in Steuerfragen seitens derjenigen, die die Steuern bezahlen müssen. Demgemäß verlangt die Wirtschaft eine allgemeine Ausdehnung des Antrags- und Einspruchsrechtes der berufständlichen Vertretungen, besonders bei den Steuerentwürfen.

An diese mehr oder weniger eingehenden Vorschläge schließt sich nun noch das nicht minder starke Verlangen an, daß grundsätzlich nur Ausgaben bewilligt werden dürfen, für die die erforderlichen Mittel sichergestellt sind. Das ist ein Grundgesetz, das in jeder Hinsicht gebührend, aber ebenso häufig nicht beachtet wird. Von diesem Grundgesetz aber habe auch der Finanzausgleich auszugehen. Ein wohl zu erwachender Vorbehalt ist für die zweite, die Haushaltspläne der Gemeinden hinsichtlich der Kenntnis einer größeren Öffentlichkeit darzutun, um eine Kontrolle über die Finanzgebarung zu ermöglichen. Will man das alte Aufsichtsrecht der Länder nicht wieder so scharf anziehen, wie es früher bestand, so muß eben eine Kontrolle der von der Finanzgebarung betroffenen Steuerzahler erfolgen.

Man sieht, daß sich die beiden erwähnten Denkschriften zwar in manchen Punkten hinsichtlich der Ziele einander abgeben; einig sind sie vor allem aber darin, daß eine Verbesserung unseres Steuerpflichtigen an Haupt und Gliedern eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Marx und Schacht bei Hindenburg.

Aussprache über Kabinett- und Finanzfragen.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsanwalt Dr. Marx und den Reichsstaatspräsidenten Dr. Schacht empfangen. Die Besprechungen fanden in einem gewissen Zusammenhange mit den Vorschlägen, die von französischer Seite neuerdings über die in Italien zugewandene finanzielle Hilfe für Frankreich gemacht worden sind. Dr. Schacht hielt dem Reichspräsidenten eingehend Vortrag über die gegenwärtig schwebenden finanzpolitischen Fragen, insbesondere über das Problem der Mobilisierung von Eisenbahnobligationen, sowie über die Frage einer Revision des Dawes-Planes. Vom Reichsanwalt Marx ließ sich der Reichspräsident über die innerpolitische Lage unterrichten, vor allem über die zu erwartenden Verhandlungen mit den internationalen Organisationen eine weitere Klärung der innerpolitischen Konstellation. Reichspräsident von Hindenburg hat beide Herren, von ihnen über den weiteren Verlauf ihrer politischen Bemühungen, sobald eine Klärung eingetreten ist, unterrichtet zu werden.

Revision des Dawes-Planes?

Zu diesen wichtigen innerpolitischen Vorgängen ist noch folgendes zu bemerken: In letzter Zeit ist wiederholt von führenden Persönlichkeiten Deutschlands darauf hingewiesen worden, daß das Dawes-Abkommen kein Evangelium darstelle, d. h., daß es durchaus nicht unänderlich sei. Auch die politischen Kreise, die für die Annahme des Dawes-Planes eingetreten sind, bemühen sich, eine Revidierung des Dawes-Abkommens zugunsten Deutschlands nach Möglichkeit herbeizuführen. Bekanntlich muß Deutschland in den nächsten Jahren nach dem durch den Dawes-Plan festgelegten Zahlungsmodus große Summen an den Reparationsagenden abführen, deren Stillfälligkeit in Deutschland bisher noch keineswegs gesichert ist. Es ist also immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Frage einer Revision des Dawes-Abkommens bald aktuell werden kann. Amerikanische Blätter wollen wissen, daß Reichsstaatspräsident Schacht sich demnach wieder nach Amerika begeben wird. Diese Reise wurde von der amerikanischen Presse mit der Revision des Dawes-Abkommens in Zusammenhang gebracht. Allerdings erklärte Dr. Schacht, daß ihm von einer solchen Reise bisher noch nichts bekannt sei. Immerhin gewinnen diese Meldungen jetzt wieder im Zusammenhang mit dem Vortrag Dr. Schachts beim Reichspräsidenten an Interesse.

Die Frage der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen zugunsten Frankreichs ist bekanntlich in Thoiry von Stresemann und Briand angemittelt worden. Sie wird jetzt von den Reparationsministerien geprüft. Es heißt übrigens, daß Frankreich auf diesen Punkt der Thoiry-Abmachungen verzichtet haben soll und dafür einen politischen Ausgleich in Aussicht genommen hat. Frankreich soll vorgeschlagen haben, auch für die Reparationen einen Posten abzugeben. Die zuständigen Stellen hielten sich über die ganze Angelegenheit indessen begrifflichweise noch in Stillzweigen.

Die Umbildung des Reichskabinetts.

Der Vortrag des Reichsanwalts über die weitere Klärung der innerpolitischen Konstellation wird sich u. a. auch mit der parlamentarischen Lage der Reichsregierung befaßt haben. Die jetzige Reichsregierung ist bekanntlich ein Minderheitskabinett. Die Regierung Marx hat sich bisher nur am Rande halten können, weil bei Abstimmungen sich die großen Fraktionen einander der Stimme entziehen oder die einen oder die anderen für die Regierung stimmen, wie es besonders die Sozialdemokraten in außerordentlichen Fragen getan haben. Reichsanwalt Dr. Marx hatte, als er nach Abgang Dr. Kuhlers die Regierungsbildung übernahm, den Versuch gemacht, sein Kabinett auf eine breitere Grundlage zu stellen, was ihm indessen nicht gelang. Demzufolge hat er es vorgezogen, vorläufig die Regierungsgeschäfte mit einem Minderheitskabinett zu führen und die Frage der Regierungserweiterung auf die Wintermonate zu verschieben. Diese Frage wird jetzt wieder akut. Sie scheint allerdings weniger geklärt als je. Die Bildung der Großen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie bezeugt noch immer Schwierigkeiten; aber auch eine Teilnahme der Deutschen Nationalen an der Regierung ist noch nicht geklärt. Der Führer der Deutschen Nationalen, Graf Westarp, hat erst jüngst in einer Zeitungs-Rede die Zusammenkunft wiederum erklärt, daß die Deutschen Nationalen im Zusammenhang mit der Sozialdemokratischen Partei in einer Regierungsgemeinschaft für unmöglich halten, weil sie der Überzeugung seien, daß mit dieser Partei weder stabile Mehrheits- und Regierungsgeschäfte zu schaffen seien noch zum Vorschein des deutschen Volkes, vornehmlich auch seiner arbeitenden Masse, treten werden können. Die Ablehnung der Deutschen Nationalen, so sagte Graf Westarp weiter, beziehe sich nicht auf Personen oder Volksteile, sondern auf die Sozialdemokratische Partei als Trägerin des sozialdemokratischen Programms und der internationalen Klassenkampfpolitik. Diese Ausführungen begleitete Graf Westarp aber auch mit einer Warnung an die Reichsregierung, daß sie nicht denken könne, im Wintermonat auch wie vor als Minderheit mit wechselnder Unterstützung von rechts und links die Regierungsgeschäfte zu führen. Reichsanwalt Marx wird also in der Zeit seine Bemühungen um Erweiterung seiner Regierung erneut ernst betreiben müssen, wenn er nicht das Bestehen seines Kabinetts gefährden will.

Hindenburg weiht das Moltke-Zimmer ein

Hindenburgs Mahnung an die Jugend.

In den Räumen des früheren Großen Generalsstabs, die jetzt dem Reichsinnenministerium benutzt werden, wurde in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichswirtschaftsministers, Generalkonzeptsheer und anderer Offiziere der Moltke-Gedächtnisfeier mit einer kurzen Feier eingeweiht und der Öffentlichkeit übergeben. Reichsminister Dr. Brügel ergriff als erster das Wort und sprach allen denen, die diese Stätte haben errichten helfen, vor allem dem Reichspräsidenten, seinen Dank aus. Er schloß seine in kurzen Zügen Generalsstabschef, v. Moltke, unvergänglich Verdienste um das deutsche Volk und wies auf die Mahnung hin, die aus Moltkes Lebenswerk zu uns spreche, daß des deutschen Mannes wahre Tugend die Tat sei. Denn die beste Idee könne ohne die Tat nichts werden. Von Moltke sei man die gewaltige Idee ausgegangen, aber seine ganze Tat sei immer auf die Tat eingeleitet gewesen. Das hat allen, die für Volk und Vaterland sich einsetzen werden sollen, als Vorbild leuchten. Generalkonzeptheer dankte im Namen der Reichswehr dem Reichsminister des Innern für die Schaffung des Moltke-Gedächtniszimmers, des Mannes, der niemals für seinen Ehrgeiz, sondern stets nur für einen höheren Zweck gearbeitet und gekämpft habe. Im Sinne dieses Schwelmers der Tat, des Reichswehrministers, ergriff v. Moltke das Wort und wies auf den deutschen Volk und den Wiederaufstieg Deutschlands zu fördern.

Sobald ergriff der Reichspräsident v. Hindenburg das Wort und begründete es mit Dank, daß diese Stätte, die für ihn voll vieler und schwerer Erinnerungen sei, dem Treiben des Tages entzogen, der Erinnerung und der Mahnung an das deutsche Volk geweiht werde. In den gleichen Worten habe er aber zehn Jahre zuvor, als er Moltke errichtete und in dem zur Gedächtnisstätte bestimmten Raum dem Generalsstabschef des kaiserlichen Reichs gehalten. Hier habe er auch in den Jahren 1914 bis 1918 erwöhnt, wenn er zu schwerwiegenden militäri-

ischen Beratungen nach Berlin kam. So sei dieser Raum für ihn erfüllt von vielen, zum Teil schweren Erinnerungen. Der Reichspräsident schloß mit dem Wunsche, daß vor allem unsere Jugend in der Erinnerung an den großen kameradschaftlichen Helfer die Kraft und die Fähigkeiten gewinnen möge, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken. Der Reichspräsident dankte dem Innenminister als dem Schöpfer der Erinnerungsstätte.

Die „Belga“.

Die neue belgische Währung.
Belgien hat zur Stabilisierung seiner Währung eine Auslandsanleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar abgeschlossen. Dem Namen nach wird der Dollar beschaffen. Als Währungseinheit jedoch ist er zu klein, um bei der Verrechnung, insbesondere mit dem Ausland, verwendet zu werden. Daher wird vornehmlich für den Auslandsverkehr eine besondere Rechnungseinheit, die „Belga“, geschaffen, die den Wert von 75 Guldenstückes = 5 belgischen Gulden darstellt. Wird diese Neuerung durchgeführt, so verschwindet der belgische Franc aus dem internationalen Wechselkurszettel; mit dem französischen Franc und dem Schweizer Franc hat der belgische nur noch den Namen gemein, der wohl nur aus Prestigegründen im Inland beibehalten wird.

Der Stabilisierungsfonds wird 174,31 für die Parität des Francs Sterling betragen. Das die Erlöse der Nationalbank anbetreffend, so wird nach die Zahlung in Gold oder goldäquivalenten Devisen auf 40 % festliegen, davon drei Viertel obligatorisch in Gold. An der Eröffnung der Kredite haben sich neun Emissionsinstitute beteiligt, nämlich die Reichsbank, die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reserve Bank, die Kaiserlich Japanische Bank, die Niederländische Bank, die Bank von Schweden, die Österreichische Nationalbank und die Bank von Ungarn.

Deutscher Protest in Warschau.

Gegen schändliche Behandlung von Reichsdeutschen.
Die Reichsregierung hat an die polnische Regierung eine Protestnote gerichtet, in der gegen die untergeschleife Ausweisung von Reichsdeutschen, die Verhaftung deutscher Werke in Osterschlesien, Einspruch erhoben wird. Die beiden Direktoren müssen bis zum 1. November das polnische Gebiet verlassen und es sollen durch polnische Direktoren in ihren Betrieben ersetzt werden. In dieser Fall auch mit dem zuerst verhandelten Niederlassungsrecht in Zusammenhang steht, so ist er auch gegenüber der polnischen Regierung in Berlin zur Sprache gebracht worden und es ist gleichzeitig auf die schändliche Behandlung Reichsdeutscher in Osterschlesien hingewiesen worden. Mit Hilfe der Steuerbehörde wird gegen Reichsdeutsche in rigoröser Weise vorgegangen; während auf der einen Seite die deutschen Unternehmer gezwungen werden, unrentable Betriebe weiterzuführen, versucht man auf der anderen Seite, einen Druck auf die Gesellschaften auszuüben, um deutsche Direktoren zu entlassen.

Eine weitere erste polnische Schmierliste besteht zurzeit wegen des Liquidationsrückflusses, der sich gegen 17 Wohltätigkeitsanstalten des Deutschen Frauenvereins in Polen und Sommerellen richtet. Auch hier war die deutsche Regierung gezwungen, in einer Beschwerdememorandum gegen diese Liquidation Einspruch zu erheben. Inzwischen hat die polnische Auffassung im Eigentum handelt, das wie kindgerecht behandelt werden muß und infolgedessen der Liquidation nicht unterliegt. Für den Fall, daß Polen die Liquidation doch durchführt, sind nicht nur die Wohltätigkeitsanstalten an sich auf schwere Gefahr, sondern eine große Anzahl von Deutschen — es kommen mehrere hundert Menschen in Frage — ist angesichts dieser Polonisierungspolitik gezwungen, Polen zu verlassen.

Oswald Böckle.

Die zehnte Wiederkehr seines Todestages
Der 28. Oktober ist ein ernster Gedentag für jedes deutsche empfindende Herz; vor zehn Jahren fiel an diesem Tage an der Westfront der Wehrleiter Oswald

Böckle, dessen Ruhmestaten in den ersten beiden Weltkriegen jeden Deutschen mit Bewunderung erfüllten. Böckles Tod, der wenige Monate nach dem Tode v. Nitschows erfolgte, wurde als ein besonders schwerer Verlust für die deutsche Wehrmacht angesehen und aufrichtige Trauer erfüllte ganz Deutschland, als am Kriegsschauplatz die Unachtsamkeit zu uns hinüberdrang. Groß war die Zahl der von dem kühnen Flieger zur Etrede gebrachten Entenflugzeuge und groß war die Zahl der Flieger, die an Oswald Böckle, in dem sie ihren Meister fühlten, sich schulten und es ihm nachzuringen versuchten. Zu seinem Grabe in Dessau, seiner Vaterstadt, pilgern seit dem Ende des Krieges alljährlich zahlreiche Flieger, um in stiller Gedenke einen Kranz niederzulegen. In diesem Jahre aber, an dem sein Todestag sich zum zehntenmal jährt, werden nicht nur die Flieger, sondern sicher auch noch viele andere Deutsche zu dem Selbigen Graben wollen, werden Vertreter unserer Wehrmacht und Vertreter der Stadt Dessau es ehren, und ganz Deutschland wird in feierlicher Stunde mit ihnen sein!

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Wahrung der Reichseinheit.
Ein Gesetzentwurf zur Wahrung der Reichseinheit liegt dem Reichstag. Aus Mitgliedern des künftigen Reichsverwaltungsgerichts, des Reichsfinanzhofes und der obersten Verwaltungsgerichte der größeren Länder soll ein Reichspräsident gebildet werden. Dieses Spruchgericht soll in allen Fällen grundsätzliche Entscheidungen treffen, wenn zu befürchten ist, daß die obersten Verwaltungsgerichte des Reichs oder der Länder in der Auslegung verfassungswidriger Vorschriften nicht übereinstimmen. Die Notwendigkeit dieses Gesetzes wird ohne weiteres klar, wenn man daran erinnert, daß über das Freizügigkeitsgesetz seit fünf Jahrzehnten im Deutschen Reich keine einheitliche Rechtsprechung zu erzielen ist und beispielsweise auch das Vereinsgesetz von den einzelnen obersten Verwaltungsgerichten verschiedene Auslegungen erfahren hat. Ähnlich ist jedes oberste Verwaltungsgericht, das anders entscheiden will als ein anderes Verwaltungsgericht, vorerst die Entscheidung des Spruchgerichts einholen. Sämtliche Entscheidungen sollen in einer amtlichen Spruchsammlung zusammengefaßt und publiziert werden.

Der Reichsmittelhaushalt.
In einer westfälischen Zeitung wird unter einer sensationellen Überschrift die Bekämpfung angeleitet, der Reichsmittelhaushalt werde infolge Mangels an Mitteln demnach nicht gezwungen sein, seine Tätigkeiten einzustellen. — Die Wahrheit entspricht, wie demgegenüber offiziös mitgeteilt wird, in keiner Weise den Tatsachen. Die Finanzierung des Reichsmittelhaushalt erfolgt vollkommen gesichert. Der Reichsmittelhaushalt wird durchaus in der Lage sein, sein mit wirtschaftspolitischen Programmen auszuführen.

Gegen Durchbrechung der Wohnungswirtschaft.
Der Landesverband Preußen im Reichsverband der Mieter hat gegen den Antrag der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums auf Befreiung der gewerblichen Räume und der großen Wohnungen von den Bestimmungen des Reichsmittelhaushaltgesetzes, die Mieterhöhungsgebot und des Wohnungsmittelhaushaltgesetzes, daß der Antrag über die Befreiung des Industrie- und Handelsbetriebs hinausgeht. Durch den Zusammentritt des Wohnungs- und Heimstättenausschusses des Reichstages am 3. November dürfte eine Entscheidung über diese Frage bereits in Kürze fallen.

Aus In- und Ausland.
München. Der bisherige Ministerialdirektor im Außenministerium Dr. Goldberger ist als Nachfolger Dr. Wats als bayerischer Kultusminister in Aussicht genommen. Dr. Goldberger scheidet im 60. Lebensjahr.

Kopenhagen. In dem jetzt dänischen Abendblatt ist eine deutsche Arbeit angekündigt worden. Die Einweihungsfeier, die ein kraftvolles Verständnis des nord-

deutschen Deutschtums zu deutscher Kultur und Volkseinigkeit bedeutet, begann mit der Übergabe des Schiffs, der der Einsatz der Schiffsbesatzung und der geliebten Gäste in den Festtag folgte. Am Schluß der Feier wurde das Deutschlandlied gesungen.

Dies. Es liegen nunmehr die gesamten Resultate der Abstimmung über das Branntweinverbot in Stockholm vor. Für das Verbot wurden abgegeben 421 202 Stimmen, dagegen 531 426. Bei der Abstimmung im Jahre 1919 wurden für das Verbot 489 017, dagegen 304 673 Stimmen abgegeben.

Moskau. Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde unter Beteiligung von 817 Delegierten im Kremel eröffnet. In das Präsidium wurden 37 Personen, darunter Stalin, Bukharin, Molotow, Tomski, Kalinin, Worschilow und Kuznetsov, ernannt. Der erste Bericht über die internationale Lage erstattete Bukharin.

Buenos Aires. Reichsminister a. D. Dr. Luther ist hier von allen Behörden herzlich empfangen worden. Es werden ihm zu Ehren zahlreiche Festlichkeiten stattfinden.

Schlussdienst.

Berliner Drahtnachrichten vom 27. Oktober

Die Wechselverbindlichkeiten der schlesischen Landwirtschaft.
Breslau. Wie die Breslauer Neuesten Nachrichten mitteilen, hat der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Göttele an den preussischen Landwirtschaftsminister, an den Reichsfinanzminister sowie an die Präsidenten der Rentenkasse und Rentenbankkreditanstalt eine Eingabe gerichtet, worin er unter Hinweis auf die Fälligkeit der im November mit fast allen belgischen autoritativer Beiträge kontrahierten Wechsel im Gesamtwert von etwa vier Millionen Mark und in Anbetracht des Unfalls, daß die gesamte Ernte sich in Schlesien immer mehr und mehr als eine geradezu katastrophale Missernte erweist, erneut die dringlichste Bitte auspricht, mit allen Mitteln bei der zühilnehmenden Einwirkung der Landesregierung auf die Wechselverbindlichkeiten unbedingt eine angemessene Fristverlängerung einzuführen.

Die Ursache des Unfalls im Ridentunnel.
München. Der Ridentunnel ist abermals von einem Probezug durchfahren worden, der mit anderer Kohle, aber mit der gleichen Lokomotive und Besatzung fuhr wie der Unfallzug, dessen Personal am 4. Oktober im Ridentunnel einer Kohlenbergung zum Opfer fiel. Die gleiche Durchfahrt verlief ohne Zwischenfälle, womit der Nachweis erbracht ist, daß einzig das Holzmaterial das Unglück am 4. Oktober verursachte hat.

Schwerer Sturm über dem Bodensee.
Bodensee. Am Montag wütete den ganzen Tag mit heftigen Unterbrechungen über dem Bodensee ein harter Südweststurm, der teilweise zum Ertrinken von vier Personen, nämlich Schlepplampfen „Rein“, der mit zwei Schlepplampen den Hafen verließ, wurde durch ein Ruderboot gezwungen. Nicht vor dem Hafen riefen sich die beiden Schlepplampen los. Ein Schlepplampfen erhielt ein Loch, er begann zu sinken und hatte bis zum Abend nur noch einen Schlepplampfen vor sich mit acht Passagieren an Bord.

Verlust deutscher Handelskammervertreter in Holland.
Amsterdam. Eine Gesellschaft von ungefähr 100 Mitgliedern holländischer Handelskammer ist hier zur Besichtigung der Amsterdamer Anlagen entlassen. Sie werden geführt von dem niederländischen Generalkonsul in Baden und befinden sich an einer mehrstöckigen holländischen Substrategie. Sie haben bereits die Häfen von Rotterdam und Amboin und die Stadt den Haag besucht. Einem im Haag stützgebundenen offiziellen Empfang wohnt auch der deutsche Konsul Baron Fuchs an. Ein Generaldirektor der holländischen Marineinfanterie, Ruppia-Wierdsma, sowie einige Vertreter holländischer Handelskammer und Behörden bei.

Der Konflikt in der englischen Kohlenindustrie.
London. Der Generalrat des Gewerkschaftsverbandes beschloß, den Vollzugsausschuss des Bergarbeiterverbandes zu einer möglichst baldigen gemeinsamen Zusammenkunft aufzufragen, auf der die Frage der Wiedereinstellung in der Verhandlung besprochen werden soll.

Die deutsche Sprache in den Vereinigten Staaten.
Harford. Der Zeitung „Harford Courant“ zufolge erklärte Professor Spaulding, Leiter des deutschen Departements an Trinity College, die Kenntnis der deutschen Sprache sei wichtiger für die Bildung als die fremdsprachliche anderer moderner Sprachen. Er sprach sich für die Wiedereinstellung der deutschen Sprache in den Schulen aus, die heute die deutsche Sprache in

Amores Hochzeitsreisen.

Roman von Ulrik Uhlard. Vereinstigte Übersetzung aus dem Schwedischen von Ahea Sternberg.

29) (Nachdruck verboten).

„So ist Axel?“ fragte der Doktor, als sie sich gesetzt hatten.

„Ich weiß es nicht“, antwortete Frau Julia ein wenig verlegen. „Ich glaube, er fühlt sich nicht recht wohl und wollte gewiss einen Spaziergang machen.“ Er klagt schon seit einigen Tagen so über Kopfschmerzen.

„Dann liegt wohl Kränkeln Brenning im Sinn, wie ich mit denken kann“, meinte der Doktor lässlich.

„Ja, etwas Unangenehmes muß es jedenfalls sein“, erwiderte sie in besümmertem Ton. „Axel pflegt ja sonst nie krank zu sein.“

„Ist ja gar kein Wunder bei dem mühsigen Leben, das er führt. Bümmeln und spielen ist sein einziges ernstes Interesse. Ich würde verrückt werden bei einem solchen Dasein.“

Die Baronin befragte, daß ihre Befürchtung berechtigt war. Als würde natürlich mit Axel übereinstimmen, wenn er von seinem abnormen Plan hörte. Sie schweig eine lange Weile.

„Apropos, Brenning“, sagte sie dann plötzlich, während sie ihm die Suppe reichte. „Wie lange gehst du eigentlich deine Vorleserin noch zu behalten?“

Was für einen merkwürdigen Gesichtsausdruck der Doktor bekam. Es war, als ginge ein Leuchten über seine Züge. Doch gleich darauf beherrschte er sich und fragte kurz: „Meine Vorleserin?“

„Ja.“

„Aber das werde ich noch sehen. Sie ist ja erst seit zwei Monaten hier.“

„Ja, aber deine Augen sind doch nun wieder gut.“

„Nun, ich weiß es noch nicht.“ Er war nicht gerade lebenswürdig. „Und sie hat ja nichts zu leben, wenn ich sie entlasse.“

„Das ist allerdings sehr menschenfreundlich von dir“, sagte Frau Julia und nippte an ihrem Belegglas. „Aber wolle man alle Menschen in Dienst nehmen, die nichts zu leben haben, so“

Der Doktor schien gar nicht auf ihre ungewöhnlich logische Bemerkung zu hören, sondern unterbrach sie kurz: „Warum sagst du eigentlich „apropos Brenning“? Was hat dieser Name mit meiner Vorleserin zu tun?“

„Ach, nichts Besonderes“, erwiderte sie lässig, „ich mußte nur gerade an etwas denken.“

„Das wird dich nicht weiter interessieren. Es ist das nur eine Aklafgeschicht.“ Sie sprach sehr gleichgültig und fuhr dann fort: „Darf ich dir eine Birne reichen?“ Und sie hielt ihm die Obstschale hin.

„Nein, danke. Doch will ich wissen, was das für eine Aklafgeschicht ist.“

„Lieber Nils, es ist nichts weiter als ein Geschwätz über Kränkeln Axel, das dir wohl ganz gleichgültig sein kann.“

„Möglich. Aber ich will es dennoch wissen.“

Der Doktor versuchte sein Gesicht zu beherrschen, doch die Baronin bemerkte, daß er errötete. Die Sache schien ihn also zu ergen.

„Nun, und?“ fragte er.

„Sie haben wohl gewisse Beziehungen zueinander.“

„Beziehungen?“ Seine Stimme domerte förmlich.

„Das ist doch absolut nichts Ungewöhnliches bei einem Mädchen ihrer Lage. Und Graf Brenning ist in dieser Hinsicht ist ja allgemein bekannt. Er sowohl wie sie arren schließlich ihren Eltern nach.“

Der Doktor war bleich geworden und seine Augen hatten einen Ausdruck angenommen, der sie fast erschreckte. Aber sie hatte nun einmal die Sache angefangen und mußte sie zu Ende führen. Sie würde doch wohl die beabsichtigte Wirkung tun.

„Das Mädchen sieht ja nicht übel aus“, sagte sie, „und so kann man schon begreifen, wie es gekommen ist.“

„Wer hat dir von dieser Geschichte erzählt?“ fragte der Doktor. „Axel vielleicht?“

„Nein, nicht Axel. Ich weiß wirklich nicht mehr, wer es war. Aber das ist ja wohl auch nicht so wichtig.“

Der Doktor schweig.

„Mädchen sind so einseitig“, nahm die Baronin wieder das Wort; in Anbetracht ihrer untergeordneten Stellung konnte sich diese Vorleserin eigentlich sagen, daß sie sich nicht etwa ernste Hoffnungen machen darf, tatsächlich einen großen Einfluss zu gewinnen. Aber vermutlich hat auch sie nie daran gedacht, daß es mit einer Herrin einen soll.“

Konnte die Geschichte wahr sein? fragte sich der Doktor. Er verstand sich zwar nicht auf die Frauen, doch dieses Mädchen hatte er für etwas ganz Besonderes gehalten. Er sah sie vor sich mit ihren lieblichen Augen, die so ängstlich und auch so freimütig lachen konnten und die ihn so rührend angehaucht hatten, als er ihr das kleine Wohlwollensspiegel überreicht hatte. Was war damals eigentlich in ihm geschehen? Er hatte plötzlich das Bedürfnis gefühlt, sie einmal so recht froh zu machen, wie sie es als Mädchen natürlich über einen Schmutz sein würde. Und so ließ er von dem Jüngel eine Auswühlung kommen und wählte nach langem Zögern schließlich das Armband. Die kleine hatte so ungewöhnlich schöne Handgelenke. Ja, die hatte sie. Sie war wirklich sehr schön, das ganze Mädchen, ungewöhnlich schön.

Doch immer noch fragten ihm im Ohr die Worte seiner Schwester nach und peinigten ihn. Warum eigentlich? Was ging es ihn an, wenn sie sich an einen jungen Mann wie Brenning fortwarf? Er wollte sich befehlen, sie fortzuschicken, dann mochte sie machen, was sie wollte. Doch reizte es ihn, daß er nun wieder diesen Mann hören mußte und noch dazu in Verbindung mit diesem Mädchen.

Die Sache war zu gut für einen solchen, ja ganzlicher. Solch ein gewöhnlicher Schlingel, der ihr natürlich allerlei Lügen vorbrachte, sie betrogen und ins Unglück stürzen würde. Sie, Agneta Neiß! Welch merkwürdiger Zufall, wenn es wahr wäre. Ein Brenning und Agneta Neiß!

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Befellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverkäufer, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Postämter, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Antliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Colobps, für außergewöhnlich Wohnende 7 Colobps, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Colobps, im Reklameteil 30 Colobps, einjähr. Umlagefrei. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Zuschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, sonstigen größeren Umlagen werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsalt.

Nr. 90.

Donnerstag, den 28. Oktober 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Reichspräsident von Hindenburg hat Befehlingen mit Reichsanwalt Dr. Marx und Reichsbaupräsidenten Dr. Schacht, wobei es sich um Vernehmungen nach dem Verhandlungen von Thoiry handelte.

Die preussische Regierung veröffentlichte eine amtliche Erklärung zu den Auslagen in den Landeshöfischen Hemmerprojekten, daß weder eine Denkschrift des Oberpräsidenten A. D. Schacht bei ihr eingegangen ist, noch die Reichsministerien des Innern und des Reichswirtschaftsministeriums aufgestellt worden seien.

Am dritten Landeshöfischen Hemmerprojekt wurde der Angeklagte Nowakowski zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

In Paris wurde der Eisenbahnangehörliche Charbon unter der Beschuldigung der Spionage für Deutschland verurteilt.

Steuern und Steuerzahler.

Die Hauptvertretungen der Wirtschaft haben zu der kürzlichen Denkschrift der Gemeinden über die Art der Steuern im Reich und ihre Verteilung nimmermehr ebenfalls Stellung genommen. Dazu wird uns von achtundvierzig Seiten geschrieben:

Es war ohne weiteres verständlich, daß der Deutsche Städtebund seine in der vergangenen Woche herausgekommene Denkschrift in die Öffentlichkeit gebracht hätte, um Einfluß zu nehmen auf die bevorstehende Herangehung des Finanzausgleichs im Reich. War doch bekanntgeworden, daß diese ursprünglich für den 1. April 1927 beschlossene einheitliche Regelung durch eine einseitige Erleichterung werden sollte. Dabei handelte es sich nicht bloß um die Frage, wie groß der Anteil der Länder und Gemeinden an dem Ertrag bestimmter Steuern sein sollte, sondern darüber hinaus auch um die Verteilung der Steuern auf Reich, Länder und Gemeinden überhaupt.

Die Denkschrift des Städtebundes hat nun eine ebenso beachtliche Gegenäußerung ausgelöst, die aus den Kreisen der deutschen Wirtschaft stammt. Die Spitzenverbände der deutschen Industrie und der Banken, des Groß- und des Einzelhandels haben eine Reihe von Zeitfragen veröffentlicht, die sich vor allem eine Mitteilung des Bundes zum Ziele haben, der namentlich die Einkommensteuer, die Erleichterungen dieses Bundes sind — und darinnen begegnet man sich mit den Ausführungen des Städtebundes — auf zwei Wegen möglich: Einschränkung der öffentlichen Ausgaben auf allen Gebieten in Verbindung mit einer gerechten Lastenverteilung, auf der anderen Seite eine wesentliche Vereinfachung und Rationalisierung unseres ganzen Steuerwesens. Diese zweite Seite hängt nun aber nicht zum mindesten ab gerade von der Art, wie der Finanzausgleich zustande kommt. Und hierbei betont die Denkschrift der Wirtschaft, daß die steuerliche Überlastung zum großen Teil auf der Vielheit der Steuern und der Zerplitterung des Steuerwesens in Deutschland beruhe. Das ist übrigens nicht etwa deutlicher Fehler allein, sondern diese Erscheinung haben wir in allen nicht von einer Zentralregierung regierten Ländern. Darum ergibt sich aber die notwendige Forderung nicht bloß einer durchgreifenden Vereinfachung des Aufbaus, sondern eines weitwichtigsten die Schaffung fester Beziehungen zwischen den einzelnen Steuerarten. Ganz besonders böses Blut erregt gerade hierin aber das Fortbleiben der Volksteuer neben der Einkommensteuer, namentlich das scharfe Ausheben der Gewerbesteuer, das ohne Rücksicht auf die sonstige Einkommen- und Vermögensbesteuerung erfolgt.

Ein weiterer Vorschlag der Wirtschaft ist der, das Nebeneinander der verschiedenen Steuerbehörden in Reich, Ländern und Gemeinden zu beseitigen und hier eine personelle Einheit zu schaffen, natürlich unter Mitarbeit der Länder und Gemeinden. Es mag eingeschaltet werden, daß diese Vereinheitlichung eine der besten Seiten der großen klassischen Steuerreform gewesen ist. Man sagte nicht mit Unrecht, sie habe Deutschland früher zu einem steuerrechtlich vorbildlich arbeitenden Reich gemacht. Nun wendet sich die Denkschrift entschieden gegen das Verlangen des Städtebundes, das frühere Zuschlagsergebnis zur Einkommensteuer wieder zu erhalten, wie es übrigens in dem Finanzausgleichsbericht vom 15. August 1925 grundsätzlich schon vorgelegen ist. Jedemfalls kommt für die Wirtschaft ein solches Aufschlagsergebnis nur dann in Betracht, wenn die sichere Gewähr besteht, daß derartige Zuschläge nicht das Maß einer vernünftigen Gesamtlast der Wirtschaft übersteigen. Ob die hier vorgeschlagenen Vorschläge ausreichen, bezwecklich die Wirtschaft allerdings und bringt daher den Befürwortern vor, daß diejenigen, die Steuern beschließen, auch von der Steuer mit betroffen werden müssen. Wenn

man diesen Satz umdreht, so ergibt sich daraus der Wortsatz einer mehr oder weniger einseitigen Einflußmöglichkeit auf Beschlüsse in Steuerfragen seitens derjenigen, die die Steuern bezahlen müssen. Demgemäß verlangt die Wirtschaft eine allgemeine Ausdehnung des Anhörungs- und Einspruchsrechts der berufständischen Vertretungen, besonders der des Gewerbetreibenden.

An diese mehr ins einzelne gehenden Vorschläge schließt sich nun noch das nicht minder starke Verlangen danach, daß grundsätzliche nur Ausgaben bewilligt werden dürfen, für die die erforderlichen Mittel sichergestellt sind. Das ist ein Grundsatz, der so sehr häufig getrieben, aber ebenso häufig nicht beachtet wird. Von diesem Grundsatz aber habe auch der Finanzausgleich auszugehen. Ein wohl zu erwägender Vorschlag ist der zweite, die Haushaltspläne der Gemeinden unabhängig der Kenntnis einer höheren Öffentlichkeit darzulegen, um eine Kontrolle über die Finanzgebarung zu ermöglichen. Will man das alte Aufsichtrecht der Länder nicht wieder so scharf anziehen, wie es früher bestand, so muß eben eine Kontrolle der von der Finanzgebarung betroffenen Steuerzahler erfolgen.

Man sieht, daß sich die beiden erwähnten Denkschriften zwar in manchen Punkten berühren, aber in anderen auseinandergehen; einig sind sie vor allem über darin, daß eine Verbesserung unseres Steuerwesens an Haupt und Gliedern eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Marx und Schacht bei Hindenburg.

Aussprache über Kabinetts- und Finanzfragen.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsanwalt Dr. Marx und den Reichsbaupräsidenten Dr. Schacht empfangen. Die Befürchtungen fanden in einem gewissen Zusammenhang mit den Vorschlägen, die von französischer Seite neuerdings über die in Frankreich stehende finanzielle Hilfe für Frankreich gemacht sind. Dr. Schacht hielt dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die gegenwärtig schwebenden Fragen, insbesondere über das Problem der Finanzierung des Eisenbahnobligations, sowie über einer Revision des Dawes-Abkommens. Reichspräsident Marx ließ sich dem Reichspräsidenten die politische Lage unterrichten, vor allem über die laufenden Verhandlungen mit den Reichstagsfraktionen eine weitere Klärung der innerpolitischen Konstellation. Reichspräsident von Hindenburg beriet, von ihnen über den weiteren politischen Verhandlungen, sobald eine Klärung ist, unterrichtet zu werden.

Revision des Dawes-Abkommens.

Zu diesen wichtigen innerpolitischen Fragen noch folgendes zu bemerken: In letzter Zeit von führenden Persönlichkeiten Deutschlands gewiesen worden, daß das Dawes-Abkommen ein Evangelium darstelle, d. h., daß es nicht unabänderlich sei. Auch die Kreise, die für die Annahme des Dawes-Abkommens sind, bemühen sich, eine Revision des Abkommens zugunsten Deutschlands nachherbeizuführen. Bekanntlich muß Deutschland nächsten Jahre nach dem durch den Dawes-Abkommen festgelegten Zahlungsmodus große Summen an Fremdwägen abführen, deren Erfüllung im Lande bisher noch keineswegs gesichert ist. Demnach mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine Revision des Dawes-Abkommens bald aktuell werden kann. Amerikanische Blätter wollen wissen, daß Reichsbaupräsident Schacht sich demnach wieder nach Amerika begeben wird. Diese Reise würde von der amerikanischen Presse mit der Revision des Dawes-Abkommens in Zusammenhang gebracht. Allerdings erklärte Dr. Schacht, daß ihm von der Möglichkeit der Revision des Abkommens nichts in der Zukunft einfallen wird. Immerhin gewinnen diese Meldungen jetzt wieder im Zusammenhang mit dem Vortrag Dr. Schachts beim Reichspräsidenten an Interesse.

Die Frage der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen zugunsten Frankreichs ist bekanntlich in Thoiry zum Erfreuen und Verdruss angewiesen worden. Sie wird jetzt von den Ministerien geprüft. Es heißt übrigens, daß Frankreich auf diesen Punkt der Abmachungen verzichtet haben soll und dafür einen politischen Ausgleich im Osten sucht. Frankreich soll vorge schlagen haben, auch für die Ungarn einen Pakt abzuschließen. Die zuständigen Stellen hüllen sich über die ganze Angelegenheit indessen begrifflicherweise noch in Stillhaltegeigen.

Die Umbildung des Reichskabinetts.

Der Vortrag des Reichsanwalts über die weitere Klärung der innerpolitischen Konstellation wird sich u. a. auch mit der parlamentarischen Lage der Reichsregierung befaßt haben. Die jetzige Reichsregierung ist bekanntlich ein Minderheitskabinet. Die Regierung Marx hat sich bisher nur am Rande halten können, weil bei Abstimmungen sich die großen Mittelparteien entweder der Stimme entziehen oder die einen oder die anderen für die Regierung stimmen, wie es besonders die Sozialdemokraten in außerpolitischen Fragen getan haben. Reichsanwalt Dr. Marx hat, als er nach Abgang Dr. Kuhlers die Regierungsbildung übernahm, den Versuch gemacht, sein Kabinet auf eine breitere Grundlage zu stellen, was ihm indessen nicht gelang. Demzufolge hat er es vorgezogen, vorläufig die Regierungsgeschäfte mit einem Minderheitskabinet zu führen und die Frage der Regierungserweiterung auf die Wintermonate zu verlagern. Diese Frage wird jetzt wieder aktueller. Sie scheint allerdings weniger gelöst als je. Die Bildung der Großen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie bezeichnet noch immer Schwierigkeiten, aber auch eine Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung ist noch nicht geklärt. Der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, hat erst jüngst in einer Leipziger Wahlversammlung wiederum erklärt, daß die Deutschnationalen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratischen Partei in einer Regierungsgemeinschaft für unmöglich halten, weil sie der Überzeugung seien, daß mit dieser Partei weder stabile Mehrheits- und Regierungsverhältnisse zu schaffen seien noch zum Nutzen des deutschen Volkes, vornehmlich auch seiner arbeitenden Masse, erreicht werden könne. Die Ablehnung der Deutschnationalen, so sehr sie sich nicht auf Personen, sondern auf die Sozialdemokratische Sozialdemokratischen Programmskizzen stützt, dürfte ein schwerer Verlust für die Reichsregierung, daß sie im Winteranlauf nach wie vor jenseitiger Unterlegenheit von rechtsregierungsgeschäfte zu führen. Reichsanwalt hat bei seiner Rede um Ertrag erneut erntet betreiben müssen, eben keines Kabinetts gefährden

Das Molte-Zimmer ein abnung an die Jugend.
Früheren Großen Generalsstab, die Ministerium benutzt werden, wurde Reichspräsidenten, des Reichswehr- und anderer Offiziere der Kaiserliche mit einer kurzen Feier anlässlich übergeben. Reichsminister als erster das Wort und sprach über die Molte-Zimmer, die Molte-Zimmer haben erdichtet helfen, von ihnen, seinen Dant aus. Er soll Generalfeldmarschall v. Moltes Verdienste um das deutsche Volk auf die Mahnung hin, die aus dem Molte-Zimmer zu sprechen, daß das deutsche Volk nicht vergessen werden. Von Molte sei

ausgegangen, aber seine ganze Arbeit sei immer auf die Tat eingestellt gewesen. Das solle alle, die für Volk und Vaterland sich einzusetzen beufen seien, als Vorbild leuchten. Generalleutnant Sepe dante im Namen der Reichswehr dem Reichsminister des Innern für die Schaffung des Molte-Gedächtniszimmers, des Mannes, der niemals die Molte-Zimmer vergaß, sondern sie nur für einen höheren Zweck gearbeitet und gestämpft habe. Im Sinne dieses Schwingers der Tat werde die Reichswehr erzogen, um befruchtend zu wirken am deutschen Volk und den Wiederwärtigen Deutschlands zu fördern.

Sobald ergriff der Reichspräsident v. Hindenburg das Wort und begriffte es mit Dank, daß diese Ehre, die für ihn voll vieler und schwerer Erinnerungen sei, dem Treiben des Tages entgegen, der Erinnerung und der Mahnung an das deutsche Volk gewidmet werde. In den gleichen Räumen habe er über zehn Jahre unter Molte gearbeitet und in dem zur Gedächtniszimmer bestimmten Raum dem Generalleutnant Sepe des offener Vortrag gehalten. Hier habe er auch in den Jahren 1914 bis 1918 gewohnt, wenn er zu schwerwiegenden militäri-

